



Labour

Germany

Das gewerkschaftliche Selbstverständnis stärken

Stefan Dietl* über die faschistische Offensive in den Betrieben

In: *express* 1/2026

Welche Gefahr droht bei den anstehenden Betriebsratswahlen von der extremen Rechten? Werden rechte Listen abräumen? Sollten wir uns vielmehr sorgen, weil autoritär denkende Kolleg:innen über die Listen der DGB-Gewerkschaften Mandate erhalten? Und wie gelingt antifaschistische Politik im Betrieb?

Diesen Fragen haben sich in unseren letzten beiden Ausgaben Jan Rottenbach (siehe *express* 11/2025, S. 4), Torsten Bewernitz (12/2025, S. 4) und Alexander Maschke (12/2025, S. 6) angenommen. Stefan Dietl stimmt ihrer Beobachtung zu, dass das rechte Denken in den eigenen Reihen der DGB-Gewerkschaften ein mindestens genauso großes Problem ist wie die faschistische Offensive von »Zentrum« & Co. Er empfiehlt, die gewerkschaftlichen Werte nach außen und nach innen unzweideutig zu vertreten.

Bei den anstehenden Betriebsratswahlen werden die extrem rechte Pseudogewerkschaft »Zentrum« und andere AfD-nahe Listen erneut versuchen, den Gewerkschaften des DGB auf ihrem ureigensten Feld Konkurrenz zu machen: in der betrieblichen Interessenvertretung.

Betrachtet man die aufgeregte Berichterstattung der vergangenen Jahre über die Bemühungen der extremen Rechten, sich betrieblich zu verankern, könnte man annehmen, man hätte es mit einer faschistischen Übernahme der Betriebe zu tun. Von der Unterwanderung der Gewerkschaften und der Betriebsräte ist häufig die Rede und von einem »rechten Durchmarsch« in den Unternehmen. »Vielleicht unterwandern sie auch schon Ihren Arbeitgeber«, titelte beispielsweise die *Zeit*. Und die *Südwest Presse* fragte mit Blick auf die Betriebsratswahl: »Kann die Rechtsaußen-Partei so über die Hintertüre das Land verändern?«

Beinahe jede Kandidatur eines örtlichen AfD-Funktionärs bei den Interessenvertretungswahlen oder die Ankündigung zur Aufstellung einer »alternativen« Betriebsratsliste in einem Unternehmen sorgt für regionale und überregionale Schlagzeilen. Nicht wenige Medien übernehmen dabei unbesehen die propagandistische Selbstdarstellung von Zentrum und Co.

Ähnlich wie bei der Berichterstattung über andere extrem rechte Aktivitäten, zum Beispiel über die öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen der »Identitären Bewegung«, machen sich die Medien so ungewollt zum Sprachrohr rechter Erzählungen. Waren es bei der »Identitären Bewegung« die sorgsam in Szene gesetzten Bilder, die von den Medien weiterverbreitet wurden, sind es bei Zentrum und seinen Verbündeten die permanenten Erfolgsmeldungen im Kampf um die Betriebe.

Dabei greift die Pseudogewerkschaft auch auf Übertreibungen und bewusste Falschdarstellungen zurück. Sei es, wenn alternative Listen in Betrieben angekündigt werden, die sich dann niemals realisieren, oder Branchenvertretungen präsentiert werden, die letztlich aus einer handvoll Aktivist:innen bestehen. Faschist:innen inszenieren sich gerne als wirkmächtig und erfolgreich – und die unkritische Übernahme der faschistischen Propagandameldungen reproduziert genau diese Selbstdarstellung.

Zwischen Medienhype ...

Tatsächlich halten sich die Erfolge der extremen Rechten bei der Etablierung betrieblicher Strukturen derzeit noch in engen Grenzen – insbesondere im Vergleich zur inzwischen flächendeckenden parlamentarischen Verankerung der AfD auf allen Ebenen. Jan Rottenbachs treffende Analyse der Aktivitäten von Zentrum und Co. zeigt, dass es ihnen zumindest bisher nicht gelungen ist, das in weiten Teilen der Arbeiter:innenschaft vorhandene reaktionäre Potenzial abzurufen und in Betriebsratsmandate zu übersetzen. AfD-nahe Betriebsratslisten finden sich bisher nur in wenigen größeren Betrieben, in ausgewählten Branchen und mit klaren regionalen Schwerpunkten. Eine kleine Zahl besonders umtriebiger Einzelpersonen sorgt für die öffentliche Wahrnehmung.

Eine wirkliche faschistische Strategie zur Eroberung der Betriebe existiert derzeit höchstens im Wunschdenken einiger völkischer Möchtegern-Arbeiterführer. Für die AfD, wie auch die extreme Rechte insgesamt, ist die Arbeitswelt weiterhin ein Nebenschauplatz.

Sind die alternativen Listen und die Pseudogewerkschaft Zentrum also nur ein Medienhype? Können die Gewerkschaften des DGB den anstehenden Betriebsratswahlen entspannt entgegenblicken? Mitnichten.

... und realer Gefahr

Zwar gilt es, die Selbstdarstellung der extremen Rechten nicht auch noch aus antifaschistischer Perspektive zu reproduzieren und die verbreiteten Erfolgsmeldungen kritisch einzuordnen. Es gibt jedoch keinen Grund zur Entwarnung.

Zum einen ist jeder einzelne faschistische Betriebsrat einer zu viel. Schon ein Einzelner kann die Stimmung im Betriebsratsgremium grundlegend verändern und eine wirksame Interessenvertretung – die zumindest auf ein rudimentäres Vertrauensverhältnis im Gremium angewiesen ist – massiv erschweren. Zudem ist Jan Rottenbach darin zuzustimmen, dass die Wahl organisierter Faschist:innen in die betrieblichen Interessenvertretungen zur Akzeptanz und Normalisierung extrem rechter Positionen im Betrieb beiträgt.

Zum anderen sind die bescheidenen Resultate der extremen Rechten beim Versuch, betrieblich Fuß zu fassen, nur eine Momentaufnahme. Noch sind ihre personellen und finanziellen Ressourcen überschaubar und sie ist vor allem in Branchen mit relativ hohem Organisationsgrad und handlungsfähigen gewerkschaftlichen Strukturen, wie der Automobilindustrie, aktiv. Die bereits begonnene Ausweitung auf weniger gut organisierte Bereiche könnte langfristig durchaus erfolgreich sein. Nicht zuletzt die Wahlerfolge der AfD unter Lohnabhängigen – gerade unter Gewerkschafter:innen – zeigen, wie groß das Potenzial für nationalistische und rassistische Propaganda in den Betrieben ist, das bisher von Zentrum und Co. noch nicht abgerufen werden konnte.

Rechtes Denken in den eigenen Reihen

In der gewerkschaftlichen Debatte um die Bedrohung, die von rechten Listen und dem Aufbau faschistischer betrieblicher Strukturen ausgeht, findet oftmals nur wenig Beachtung, dass die tatsächliche Gefahr nicht von außen über die Gewerkschaften hereinbricht. Die meisten Betriebs- und Personalräte mit Sympathien für die AfD oder gar einem AfD-Parteibuch werden auch bei den anstehenden Wahlen nicht über rechte Listen gewählt werden, sondern kandidieren auf den Listen der DGB-Gewerkschaften. Für viele von ihnen ist der Einsatz für die Belange ihrer Kolleg:innen und für ihre Gewerkschaft kein Widerspruch zur Wahl einer rassistischen und nationalistischen Partei, wie auch insgesamt für immer mehr Gewerkschaftsmitglieder die Wahl der AfD nicht im Gegensatz zu ihrem gewerkschaftlichen Engagement steht.

So richtig es also ist, dass die Gewerkschaften des DGB die Angriffe von rechts außen ernst nehmen, Betriebs- und Personalräte im Umgang mit rechten Listen schulen und Strategien im Kampf gegen Zentrum und andere AfD-nahe Listen entwickeln, um der faschistischen Offensive in den Betrieben entgegenzutreten, wird es nicht genügen, das Problem zu externalisieren.

Gewerkschaftliches Organisationsprinzip vs. Volksgemeinschaft

Wir sollten uns dabei auf unser Selbstverständnis als Gewerkschafter:innen besinnen. Als Gewerkschaften des DGB verstehen wir uns – auch wenn wir diesem selbstgesetzten Anspruch nicht immer genügen – als die Interessenvertretung *aller*, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen sind. Egal woher sie kommen, egal woran sie glauben, egal ob sie lieber Punkrock oder Schlager hören, egal ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht. Für uns ist einzig und allein relevant, dass sie bereit sind, sich mit uns zur kollektiven Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen zusammenzuschließen. Das ist unsere Leitidee, unsere gewerkschaftliche DNA.

Soll dieses Prinzip nicht zur leeren Phrase verkommen, muss es allerdings mit Leben gefüllt werden. Es muss uns gelingen, diesen gewerkschaftlichen Kerngedanken tatsächlich in der breiten Mitgliedschaft und unseren Gremien zu verankern. Er muss selbstverständliche Arbeitsgrundlage aller unserer gewerkschaftlichen Strukturen sein, von Betriebsgruppen über Vertrauenskörper bis zu Tarifkommissionen. Letztlich muss jedem, der auf einer gewerkschaftlichen Liste für eine betriebliche Interessenvertretung kandidiert, jedem, der uns in einer Tarifkommission vertritt, jedem, der sich gemeinsam mit uns organisiert, klar sein, dass er dies auf der Basis dieses gewerkschaftlichen Selbstverständnisses tut.

Dieses Selbstverständnis offensiv zu vertreten, sowohl nach außen wie nach innen, wäre das Ende des von Jan Rottenbach beschriebenen »subtilen Nichtangriffspakts« zwischen Gewerkschaft, Betriebsräten und Belegschaft in einigen Betrieben. Es hätte zwar zur Folge, dass sich manche zwischen ihrem Eintreten für die AfD oder der gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation entscheiden müssten – und der Gewerkschaft den Rücken kehren. Zugleich wäre es jedoch das wohl wirksamste Mittel, der faschistischen Mobilisierung in den Betrieben entgegenzutreten.

Denn es ist für jeden klar erkennbar, dass der von AfD, Zentrum und Co. propagierte völkische Nationalismus unserem gewerkschaftlichen Organisationsprinzip diametral entgegensteht. Die Vorstellung einer eingebildeten, ethnisch begründeten Volksgemeinschaft und die Ausgrenzung aufgrund von Herkunft oder Hautfarbe sind mit der Idee der gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation aller Lohnabhängigen unvereinbar.

Antifaschismus ist der Kampf um die Existenz der Gewerkschaften

Der völkische Nationalismus geht deshalb immer mit einer Feinderklärung gegen die Gewerkschaften einher. Zudem negiert die schiere Existenz unabhängiger Interessenvertretungen der Lohnabhängigen den faschistischen Anspruch, sämtliche Widersprüche in der Volksgemeinschaft aufzulösen. Schon deshalb ist sie den Faschist:innen ein Dorn im Auge. Alexander Maschke ist daher zuzustimmen, dass es der extremen Rechten mit ihren Versuchen, betrieblich Fuß zu fassen, um mehr geht, als um den Aufbau einer Konkurrenzgewerkschaft. »Ihr eigentliches Ziel ist die Zerschlagung des DGB und der in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften«, bringt er es auf den Punkt.

Umso wichtiger ist die breite Verankerung des gewerkschaftlichen Leitgedankens in den Gewerkschaften selbst. Denn er macht deutlich, dass der Antifaschismus mehr ist als eine moralische Verpflichtung oder ein Nebenaspekt unserer sonstigen Arbeit. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes existenziell.

** Stefan Dietl ist Gewerkschafter und Publizist. Zuletzt erschien von ihm gemeinsam mit Kathrin Birner das Buch »Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen. Über den Kampf um freie Zeit« (Unrast Verlag, 2025).*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12